

- S. 2 ZUR LAGE NACH DEN BUNDESTAGSWAHLEN
- S. 4 EXTREME UNTERSCHIEDE BEI DEN WAHLEN IN OST – UND WEST-DEUTSCHLAND
- S. 6 OSTERMARSCH - UNTERSCHREIBEN

# Ohne Alternativen zu Trumps Friedensplan sitzt Europa in eigener narrativen Falle



Rainer Rupp

George Beebe, ehemaliger Direktor für Russland-Analysen bei der CIA und derzeitiger Direktor für Großstrategie am US-„Quincy Institute for Responsible Statecraft“, liefert eine

ernüchternde Analyse der europäischen Haltung im Ukraine-Konflikt in einem kürzlich geführten Gespräch auf YouTube:

In dem am 5. März geführten Gespräch



<https://www.youtube.com/watch?v=ySNGwocFEc>

mit dem norwegischen Professor Glen Diesen und dem britischen Geostrategen Alexander Mercouris beschreibt Beebe eine bittere Realität: Europa verfügt über keine glaubwürdige Alternative zum Friedensplan der Trump-Administration. Stattdessen bleiben die russophoben europäischen Spitzopolitiker in ihren eigenen Narrativen gefangen, die sie für die Realitäten des Krieges in der Ukraine blind macht. Das treibt sie dazu, trotz ihrer bereits misslungenen Strategie der Eskalation ihren Einsatz zu verdoppeln, weil die Ukraine einfach gewinnen muss, obwohl sie tatsächlich militärisch bereits längst verloren hat und auch zivilgesellschaftlich in einer immer prekäreren Lage steckt.

**Ein gescheiterter Kurs ohne tragfähige Ersatzoption**

Beebe betont, dass Europas aktuelle Strategie – geprägt von unerschütterlicher Unterstützung für den ukrainischen Kriegseinsatz

und unnachgiebigem Druck auf Russland – wirkungslos geblieben ist. „Der Kurs, den sie vertreten, nämlich: Wir bleiben so lange wie nötig, geben den Ukrainern so viel wie möglich und erhöhen den wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Russen, um sie zur Kapitulation zu zwingen – dieser Kurs ist gescheitert“, erklärt er. Dennoch hält Europa daran fest, denn es ist unfähig, sich aufgrund fehlender Kapazitäten und politischen Willens anzupassen.

Entscheidend sei, hebt Beebe hervor, Europas Abhängigkeit von den USA, und er stellt fest, dass der Kontinent ohne amerikanische Unterstützung den ukrainischen Kriegseinsatz nicht allein tragen kann. „Die Realität ist, dass Europa nicht kompensieren kann, was die Vereinigten Staaten der Ukraine bieten“, erläutert er. Zwar könne Europa wirtschaftliche Hilfe und einige Waffen bereitstellen, doch fehlten die fortschrittlichen Fähigkeiten – wie Echtzeit-Geheimdienst-, Überwachungs- und Aufklärungsdaten oder ein Äquivalent zu Starlink-, auf die die Ukraine angewiesen sei. „Diese Fähigkeit haben sie nicht“, betont Beebe und fügt hinzu, dass ohne diese „viele Waffensysteme der Ukrainer nicht funktionieren und viele ihrer Schlachtfeldoperationen nicht fortgesetzt werden können“.

Ergänzend möchte ich als Autor dieses Artikels anmerken, dass die Amerikaner alles, also jede Form von Militärhilfe gestoppt haben, auch die Satelliten- und luftgestützte militärische Aufklärung und Zielerfassung. Selbst die US-Transportflugzeuge mit Waffen für die Ukraine wurden auf ihrem Flug in Richtung Polen vom Pentagon gestoppt und vollbeladen zurück in die USA beordert.

Fakt ist, dass die Ukraine selbst mit der geballten militärischen Unterstützung der NATO nicht gegen die Russen bestehen konnte. Dabei war es vor allem die massive und breit gefächerte US-Militärhilfe, die auf

dem Schlachtfeld weitaus umfangreicher und effektiver war als die der Europäer. Und nun bilden sich die Franzosen, Briten und Deutschen ein, sie könnten ohne die USA im Alleingang den Russen das Fürchten lehren. Fakt ist, Europa ist machtlos, den Kriegsverlauf ohne die USA zu beeinflussen – das ist so sicher wie  $2+2 = 4$  ist. Aber die europäischen Kriegstreiber sind fest entschlossen, diese Realität zu ignorieren auf Kosten ukrainischer und russischer Leben und auf Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft ihrer eigenen Länder.

**Narrative Fixierung: Von Ideologie geblendet**  
Der Ex-CIA-Abteilungsleiter Beebe führt Europas Sturheit auf ein Narrativ zurück, das sich tief im westlichen Bewusstsein, insbesondere in Europa, verankert hat. Er beschreibt, wie der Konflikt von Anfang an als „unprovokierte Invasion“ dargestellt wurde, eine Charakterisierung, die jegliche Rolle des Westens oder der Ukraine in den vorangegangenen Spannungen ausblendet. „Diese Erzählung besagt im Wesentlichen, dass Russland dies tut, weil Russland eben Russland ist“, erklärt er. Dieses Narrativ porträtierte Russland als ein von Natur aus imperialistisches Regime, vergleichbar mit Nazi-Deutschland. Diese Rahmung, so Beebe, schließe Kompromisse aus: „Mit einem solchen Problem kann man keinen Kompromiss aushandeln – das wäre, als würde man mit Hitler verhandeln, natürlich geht das nicht“.

Dieses allgemein akzeptierte Narrativ habe den Diskurs erstickt und abweichende Stimmen an den Rand gedrängt, wodurch Europa in einer starren Denkweise gefangen sei. „Jeder, der diese Erzählung infrage stellt und sagt: „Moment mal ... im Grunde haben wir es hier mit einer eskalatorischen Spirale, einem Sicherheitsdilemma zu tun“, findet in Mainstream-Medien kein Gehör und erntet enormen Widerstand“, bemerkt

Beebe. Befürworter von Diplomatie würden als „russische Apologeten, Agenten Putins“ abgetan, was eine pragmatische Diskussion unmöglich mache. Er fügte hinzu, „Wir (Kritiker in den USA) konnten nicht die Art von öffentlichen Diskussionen führen, die notwendig gewesen wären, um dieses Problem pragmatisch und effektiv zu lösen. Aber in Europa ist das noch schlimmer.“

### Eskalation statt Realität

Anstatt sich den Realitäten des Krieges – nämlich den Verlusten der Ukraine auf dem Schlachtfeld und Russlands militärischer Überlegenheit – anzupassen, setze Europa auf weitere Eskalation, ein Ansatz, den Beebe als zum Scheitern verurteilt ansieht. Er kritisiert indirekt Macrons jüngsten Waffenstillstandsvorschlag, weil damit die Grundursachen des Konfliktes nicht gelöst würden. Beebe verwies dabei auf Europas prinzipielle Weigerung, Kompromisse einzugehen: „Im Moment ist Europa dazu nicht bereit, und die Ukraine ist auch dazu nicht bereit“. Stattdessen bestehe die Ukraine darauf, „wir werden die Russen zur Kapitulation zwingen, und die Vereinigten Staaten müssen uns dabei unterstützen“ – eine Haltung, die Europa unterstützte, obwohl sie

unrealistisch sei, was nach dem skandalösen Auftreten von Selebskij heute noch unrealistischer ist also zuvor.

Beebe warnt vor den katastrophalen Folgen dieses EU unterstützten Ansatzes: „Es ist ein Rezept für den Zusammenbruch der Ukraine, aber auch für eine Eskalation in einen direkten Konflikt zwischen Russland und einigen europäischen Staaten, und damit wüchse die Gefahr einer russisch-amerikanischen Konfrontation. Europas narrative Weigerung, seine Niederlage anzuerkennen, lasse es unvorbereitet auf die Konsequenzen eines Rückzugs der USA. „Wenn Sie darauf bestehen, diesen Krieg fortzusetzen, werden Sie das allein tun, und Sie werden herausfinden, wie das aussieht, und es wird sehr, sehr schnell sehr, sehr schlecht aussehen“, prophezeit Beebe und deutet an, dass Europas derzeitiger Weg seine Verhandlungsposition weiter schwäche.

### Der Trump-Plan: Eine unangenehme, aber notwendige Option

Im Gegensatz dazu sieht Beebe den diplomatischen Vorstoß der Trump-Administration als den einzigen gangbaren Weg nach vorne, auch wenn Europa sich dagegen sträubt. „Wir haben den Weg gewählt, einen diplomatischen Kompromiss zu suchen“, er-

klärt er, was erfordere, dass „alle Parteien, die Interessen in diesem Konflikt haben, erkennen, dass sie bei Dingen Kompromisse eingehen müssen, die nicht ihre Kerninteressen betreffen“. Doch Europas Angst, amerikanische Sicherheitsgarantien zu verlieren, erschwere die Akzeptanz. „Sie betrachten diesen Krieg und denken: „Junge, wenn wir diesen Krieg auf Kompromissbasis beenden, werden die Vereinigten Staaten sich aus Europa zurückziehen ... wir müssen selbst aufrüsten“, und das wollen sie nicht“, beobachtet Beebe.

Letztlich argumentiert Beebe, dass Europas Gefangenschaft im eigenen Narrativ und das Fehlen einer eigenen, realistischen Alternative Trumps Politik hilflos ausgeliefert sei. Die Trump-Leute werden hier „hard ball“ spielen“, prognostiziert er, und Europa zwingen, einer Realität ins Auge zu sehen, die es lange vermieden hat: Der Krieg ist verloren, und Eskalation bietet keine Rettung. Ohne eine Änderung der Denkweise droht Europa, außen vor zu bleiben, während die USA und Russland einen neuen Kurs einschlagen – einen, der zwar unvollkommen ist, aber zumindest ein Ende des Blutvergießens verspricht.

*Las Parmas, Gran Canaria, 6.3. 2025*



## TIG Quedlinburg – Leserbrief vom 26.02.2025 Rentengerechtigkeit nach der Bundestagswahl 2025

Liebe Freunde der ISOR e. V., ein äußerst spannendes Thema nahm nach der Bundestagswahl breiten Platz in der Diskussion der Quedlinburger TIG ein. Im Kern drehte sich alles darum, ob die Hoffnung auf Rentengerechtigkeit in unseren Reihen weiterlebt? Die Wahrheit heißt, die Zeichen dafür stehen mit der zu erwartenden neuen Führungsebene der Bundesregierung schlecht. Nicht abgekühlt ist unser Wille, die Existenz massiver Rentenfehlbeträge nicht zu akzeptieren und zu dulden. Nach über 35 Jahren Vertuschung des Rechtsanspruchs auf korrekte Rentenzahlung braucht es das dringend. Wir sind gewillt, diesem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen.

Den Ausschlag dafür gab unser Vorsitzender Joachim Bonatz. Um das greifbar zu machen, haben wir bereits vor der Wahl Briefe an die Fraktionschefs der Parteien SPD, CDU/CSU, Bündnis90/Grüne, FDP, LINKE, AFD und den Landesverband des BSW in Landtag Sachsen-Anhalt verschickt.

Heute ist die Wahl vorbei. Die Erwartungshaltung auf eine vernunftbegabte Rückantwort hat sich nicht erfüllt. Geblieben ist die Besorgnis über die Unkenntnis der Entscheidungsträger und ihres Managements. Sehr klar wird deutlich, Details zum Rentenunrechts sind den Damen und Herren nicht vertraut. Nebulöse Worthülsen verbergen sich in allen Wahlprogrammatiken. Doch einem können sie sich auf Dauer nicht verschließen. Hier dreht es sich um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes von 1999 ein. Fazit: Die Auflassung zu Beseitigung des Rentenunrechts bedarf eines neuen Blickwinkels. Damals stand im Raum, das Parlament dementsprechend zu beauftragen. Wir meinen, das sollte in der ISOR erneut aufgegriffen werden. Geklärt werden muss, ob das wirklich völlig untergegangen ist? Fakt ist doch, heute, wieder nach einer Wahl, steht die Regierung immer noch in der Verantwortung, um per Gesetz einzuschreiten. Nur der politische Wille der Regierungsparteien kann das tun. Friedrich Merz & Co. fehlt dazu zweit-

felsfrei die Bereitschaft. Die Ursache dafür ist in der grundsätzlichen Erziehung in Elternhäusern zu suchen, die sich dem Nationalsozialismus auf Entscheider-Ebene verschrieben hatten. Folgt man renommierten Historikern wird deutlich, Kommunistenwahn und Russenhass begleitete sie ein Leben lang. Leider sind diese Informationen der Mehrheit unserer Menschen nicht bekannt. Es bleibt dabei, Bundeskanzler Merz ist praktisch als feste Bastion gesetzt. Ebenfalls scheint der Kurs mit dem Anspruch auf einflussreiche Posten im neu gewählten Bundestag festgeschrieben.

Was tun wir? Ganz klar am Ball bleiben. Wie? Den politischen Willen der Regierungsparteien vehement einfordern und deren Position in den Landesverbänden und auf Bundesebene in unseren Mitteilungsblättern und der befreundeter Verbände öffentlich machen.

*Herzliche Grüße aus Quedlinburg  
Vorstand TIG QLB  
Rössler/Lehmann*

# Vorstandssitzung am 12. März 2025

Der Vorstand beschloss Dr. Günter Klein, TIG Potsdam-Golm, Walther Hande, TIG Gera, und Hartmut Schuchardt als Ehrenmitglieder auszuzeichnen. Ulrich Thorwirth und Peter Alff wurden mit der Ehrenurkunde ausgezeichnet. Andreas Bendel, Gerald Böhm, Hans-Jürgen Schwart und Bodo Weser beendeten ihre Tätigkeit als Beiratsmitglieder durch Übernahme neuer Funktionen bzw. krankheitsbedingt und wurden in Anerkennung ihrer Leistungen im Beirat mit der Ehrennadel der ISOR in Silber ausgezeichnet.

Die Berichte der Landesbeauftragten wiesen auf vielfältige Aktivitäten in den TIGs hin, in deren Mittelpunkt das Erinnern und die Würdigung des 75. Jahrestages des MfS standen und die Vorbereitung einer Vielzahl von Veranstal-

tungen anlässlich des 80. Jahrestagestages der Befreiung stehen. Herausforderung der organisatorischen und individuellen Arbeit, insbesondere solcher, die sich aus der Entwicklung unserer Altersstruktur ergeben, werden erkannt und Lösungen zugeführt. Besonderer Augenmerk gilt der Entwicklung der Bereitschaft von jüngeren Mitgliedern, in den TIGs Funktionen zu übernehmen.

Der Vorstand beschloss die Maßnahmen des politischen Kampfes gegen das Rentenunrecht mit den begonnenen Aktivitäten der Schreiben an die politischen Parteien und Fraktionen im Bundestag weiter fortzusetzen, die aktuellen Maßnahmen des Vereins „Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ zu unterstützen und weitere, auch rechtliche Aspekte zu prüfen. Unterstützt

wird die Petition des Genossen Hartwig Müller an den Deutschen Bundestag. Der Vorstand beschloss den Finanzaushaltsplanes 2025. Die bisherigen Ergebnisse der Konsolidierung unserer Finanzen wurden positiv beurteilt. Mit dieser Entwicklung und dem Finanzaushaltsplan hat unser Verein ein stabiles finanzielles Fundament, um auch in Zukunft unsere Aufgaben und Vorhaben erfolgreich realisieren zu können.

Es wurden erste Aufgaben und Entscheidungen zur Vorbereitung der Wahlen 2026 getroffen. Eine Arbeitsgruppe wird die Vorbereitungen leiten. Der Vorstand wird sich kontinuierlich mit der Vorbereitung der Wahlen und der Durchführung der Vertreterkonferenz 2026 in seinen Beratungen befassen.

## Hallo und AHOI, liebe Genossinnen und Genossen,

herzlichen Dank für eure in der Mail stehende Information an uns als Mitglieder an der Basis. Ich bin jetzt fast 83 Jahre alt, durch Krebs schwer erkrankt, war im Verhältnis zu meinen diesbezüglichen Aktivitäten in vergangen Jahrzehnten nur noch in der Lage, Werbematerialien in die Briefkästen in meinem Wohnort, dem Ostseebad Karlshagen auf Usedom, zu verteilen. Ich bin jetzt seit 61 Jahren Mitglied dieser unserer sozialistischen linken Partei in allen ihren politischen Schattierungen seit dieser Zeit. In den letzten Jahren musste ich in unserer hier noch existierenden Basisorganisation mehrfach mit tiefem Bedauern äußern, dass bei mir als altem „Parteisoldaten“ Zweifel aufkommen, ob diese linke Partei noch meine Partei ist, ob sie noch auf den Grundpfeilern des Erfurter Programms steht, ob sie noch will, kann und entschlossen ist, sich überall wo es angebracht und möglich ist, für Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit, Menschenwürde und für das Allgemeinwohl unserer Menschen einzusetzen.

Meine Zweifel säten vor allem solche Ereignisse wie der Umgang mit Christa Luft und Hans Modrow, die öffentlich gemachten oftmals unsachlich und unschön ausgetragenen Streitdiskussionen in unseren führenden Parteigremien, vor allem auch die Trennung von einer linken Gruppierung um Sahra Wagenknecht, die ja leider nicht nur ihr als Ursache und Auslöser zuzuschreiben

ist, die teilweise unverständliche Verweigerung unseres Parteivorstandes zur aktiven Teilnahme an großen Friedenskundgebungen, die sie maßgeblich mit organisiert hat und und und. Nun, ich sehe persönlich eigentlich wieder etwas zuversichtlicher in die Zukunft für unsere linke Partei, die hoffentlich diesen Zukunftsbonus, die fast 9% der Wähler unseres Landes ihr gegeben haben, sehr klug nutzt und nicht wieder verspielt wie in vergangenen Jahren. Nutzt diese aufgekommene Begeisterung unter der jungen Generation unseres Landes für die Schaffung einer gerechteren Gesellschaft, frei von Faschismus, Krieg, Kinder- und Altersarmut und sozialer Ausgrenzung. Ich danke euch allen, die ihr so großen Anteil an diesem Wahlerfolg habt, vor allem auch, wenn man bedenkt, was es heißt, an Wohnungstüren zu klopfen, um Menschen zu gewinnen. Und noch eine Bitte meinerseits: Versucht bitte vernünftige sachliche Kontakte und Beziehungen zwischen den beiden nun inzwischen agierenden linken Parteien in Deutschland herzustellen im Interesse unserer gemeinsamen Sache. Denkt dabei an die Lehren von Marx und Engels, aber auch der Gründer der damaligen SED vor vielen Jahren W. Pieck und O. Grotewohl bzgl. der Spaltung der linken Bewegung (damals der Arbeiterklasse). Ich danke unserem Parteivorstand auch ganz herzlich für die Stellungnahme

zur Anfrage des Vorsitzenden unseres ISOR-Sozialverbandes Joachim Bonatz kurz vor der Wahl, in der er alle relevanten Parteien fragte, wie sie zum Rentenunrecht und Rentenstrafrecht seit der Angliederung der DDR für zig-Tausende ehemalige DDR-Bürger stehen, von der Kindergärtnerin, wie meiner Frau, bis hin zu zig-Tausenden ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR einschließlich unserer Sicherheitsorgane. Ausser unsere linke Partei, mit deren damaliger Fraktion und heutiger Gruppe uns als ISOR-Mitglieder eine recht gute Zusammenarbeit verband, haben positiv auf diese Anfrage meines Sozialverbandes, für den ich als hiesiger territorialer Vorsitzender noch für ca. 40 Mitglieder zuständig bin, nur noch die Partei BSW und die Deutsche Kommunistische Partei geantwortet. Ich bitte unsere Parteigremien, in der nahen Zukunft auch diese Problematik im Rahmen ihres Einsatzes für soziale Gerechtigkeit im Auge zu behalten, vor allem unsere neue Fraktion im Deutschen Bundestag. Bezieht bitte auch weiterhin diese äußerst wichtige soziale Problematik in Eure Oppositionsarbeit mit ein. Nun, das soll genug sein von mir. Nochmals recht herzlichen Dank allen Aktiven in den letzten Wochen, insbesondere unserer jungen Generation. Bleibt gesund, freundlich, aktiv und sachlich streitbar. Herzliche Grüße von der Sonneninsel Usedom.

Volker Sachse, Ostseebad Karlshagen

# Wie erklären sich die extremen Unterschiede in den Wahlen in Ost – und Westdeutschland?

Die sich in den letzten Wahlen immer deutlicher abzeichnenden Wahlunterschiede in beiden Teilen Deutschlands erregen immer mehr die öffentliche Aufmerksamkeit. Versuche, sich den Wahlausgang zu erklären, verlieren sich meist in abwegigen Urteilen, dass es den ostdeutschen Bürgern immer noch an Erfahrungswerten im Umgang mit Wirkungen demokratischer Praktiken und vor allem an Dankbarkeit und Wertschätzung für die durch die Wiedervereinigung errungenen Freiheiten fehle. Die eigentlichen Ursachen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit und die diesbezüglich gewonnenen Erfahrungen nach der Vereinigung bleiben meist völlig außer Betracht. Davor, dass gerade in dieser Hinsicht die eigentlichen Ursachen zu suchen sind, wie in der oft maßlosen Enttäuschung über die nicht in Erfüllung gegangenen hochgeputzten Erwartungen nach der erfolgten „Einheit“, verschließt man die Augen. Gerade aus dem Grund scheint es angebracht, diese Aspekte deutlich zu machen.

Jahrzehntelang hatte man in allen westlichen Medien das Wohlleben in einer westlichen Demokratie verherrlicht und das in der DDR existierende Gesellschaftssystem verdammt und verketzt. Das fand in den gesellschaftlichen Bewegungen der neunziger Jahre in der von höchsten westlichen Repräsentanten „blühende Landschaften“ und grenzenlose Freiheiten prophezeit wurden, seinen besonderen Ausdruck. Die sich dann in den folgenden Jahren offenbarenden tatsächlichen Entwicklungen zeigten sich erst nach und nach. Mit ihnen wurden auch die Schattenseiten des kapitalistischen Systems und die zu erduldenden materiellen und sozialen Probleme deutlich sichtbar. Die DDR-Bürger erlebten Schritt für Schritt die Enttäuschung über die gehegten Erwartungen. Sie mussten lernen und ihre Erfahrungen machen, was es heißt, dass in der Gesellschaft das Geld regiert. Gesellschaftliche Bedürfnisse, die keinen Gewinn und Profit für die herrschenden Kreise versprachen, hatten keine Chance und galten als zweitrangig. So erfuhren sie zwar, dass man persönlichen Neigungen und Interessen nachdrücklicher nachgehen und bei glücklichen Umständen auch Vermögenswerte erwerben konnte. Sie lernten

aber auch, dass in einer solchen Gesellschaft irreale Verhältnisse wuchsen. Das führte zu solchen Missverhältnissen, dass heute 10 % der Bevölkerung über 90 % des Staatsvermögens verfügen und der Bevölkerung von 90 % die restlichen 10 % des Vermögens blieben. Ein solches Missverhältnis spiegelt die tatsächliche Lebenslage der übergroßen Mehrheit der Bürger besser wider als jede weitergehende Erklärung. So lernten sie kennen, dass ein Heer von Arbeitslosen und „ausgemusterten“ Bürgern ständiger Bestandteil der Gesellschaft ist, hunderttausende wohnungslose Bürger unter Brücken und versteckten Winkeln vegetieren und Millionen Bürger in Armut leben. Die DDR-Bürger erleben eine Jahrzehntelange Ungleichbehandlung gegenüber westdeutschen Bürgern, und dass ihnen eingebläut wird, dankbar sein zu müssen, jetzt in „Freiheit“ leben zu können und nicht mehr dem „diktatorischen“ Leben in der DDR ausgesetzt zu sein.

Welcher horrende materielle und ideelle Preis den Ostdeutschen für den Anschluss an Westdeutschland abverlangt wurde, hat der letzte Staatsratsvorsitzende, Egon Krenz, in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR in Bochum aufgelistet, was so anschaulich sonst kaum zu erfahren ist. Was sich an Werten der DDR nicht in private Hände legen ließ und verscherbelt werden konnte, wurde geschleift. Propagandistisch versuchten sie diesen „Ausverkauf“ der DDR mit dem Widersinn zu begründen, dass die in der Welt als leistungsstark bekannte DDR, angeblich wirtschaftlichen „Aufholebedarf“ hätte. Wenngleich nur die Initiatoren dieser Art der „Vereinigung“ und ihre gutgläubigen Bürger an den verkündeten „Aufholebedarf“ der DDR geglaubt haben, so war die Leugnung der ökonomischen Potenzen der DDR ein wichtiges, ja, das entscheidende Argument in ihren Händen. Man brauchte solche Begründungen für die Bürger der DDR, damit sie die vorgesehenen Auflagen und Kürzungen mit all den materiellen Folgen bereitwillig hinnehmen. Man glaubte sicher sein zu können, dass die Bürger die Auflagen, wie die um 20% ige geringere Entlohnung und entsprechende Rentenerwartung, hinnehmen würden, da sie ja die hochfliegenden Versprechungen vom künftigen Wohlergehen erwarten würden. Auch die wachsende Erkenntnis, zu-

nehmend als Schuldner und BRD-Bürger zweiter Klasse zu gelten, nahmen sie offenbar als vorübergehende Tatsache hin. Ohne Zweifel beurteilt die Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger die entstandenen Verhältnisse nicht, nach gesellschaftswissenschaftlichen Gesichtspunkten, in denen ja die eigentliche Ursache des Dilemmas zu finden wäre. Sie wünschen sich daher auch nicht das Gesellschaftssystem der DDR wieder zurück. Sie hofften stattdessen, die mit der Wiedervereinigung verloren gegangenen Verhältnisse mithilfe einzelner Parteien wiedererlangen zu können. Diese Überlegung spielt sicherlich in weiten Kreisen der Wähler in Ostdeutschland eine Rolle. Auf der Suche nach einer Partei, von der sie glaubten, die Vertretung ihrer Interessen erhoffen zu können, gaben sie dieser bei anstehenden Wahlen ihre Stimme. Das waren in der Vergangenheit wiederholt linksorientierte Parteien. Da diese die Erwartungen in dem erhofften Maße nicht erfüllten, verlagerte sich die Orientierung wie im Wahljahr 2025 zunehmend auf die Alternative für Deutschland. Dabei dürften vor allem solche Programmpunkte dieser Partei wie die stärkere Einbeziehung der Bevölkerung durch „Volksabstimmungen nach Schweizer Art“ und die Wahrung „Nationaler Interessen“ gegenüber „Europäischen Belangen“ den Ausschlag gegeben haben. Da schon bald vorauszusehen war, dass sich kaum eine Partei findet, die sich dieser Probleme mit der erforderlichen Konsequenz annimmt, hat sich bekanntlich vor zwei Jahren in Leipzig ein „Runder Tisch Rentengerechtigkeit e. V.“ gebildet. Seine Gründung erfolgte ausschließlich zu dem Zweck, sich diesem Problem zu widmen. Er übernimmt damit gewissermaßen die Interessenvertretung von etwa 500.000 betroffenen DDR-Bürgern. Der „Runde Tisch“ dürfte in dem Maße erfolgreich sein, wie es ihm gelingt, Zustimmung und Unterstützung zu erlangen.

Wenn man staatlicherseits weiterhin die Augen vor den bestehenden Fehlentwicklungen und den daraus folgenden Problemen verschließt und nicht korrigiert, wird es nicht nur bei den gegensätzlichen Wahlergebnissen bleiben, sondern in wesentlich krasseren Formen ihren Ausdruck finden.

Dr. sc. Heinz Günther, Berlin

Bundessprecherrat der KPF

## Dem Alibi für Rüstungswahnsinn keine linke Stimme!

Offener Brief an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Linken

Liebe Ines, lieber Jan, liebe Heidi, lieber Sören, in Eurer Erklärung zu der von Union und SPD angestrebten Grundgesetzänderung und der Etablierung eines Sondervermögens für Infrastruktur vom 5. März 2025 schreibt Ihr in völliger Übereinstimmung mit der Auffassung vieler Mitglieder unserer Partei sowie ungezählter Wählerinnen und Wähler der Linken: »Statt der Abschaffung der Schuldenbremse für zentrale Fragen wie Wohnungsbau oder Gesundheit wollen Union und SPD jetzt einen Blankoscheck für Aufrüstung durchdrücken. Ausschließlich Rüstungsausgaben über einem Prozent vom BIP wollen sie von der Schuldenbremse ausnehmen und damit völlig übereilt und demokratisch höchst fragwürdig eine Grundgesetzänderung in nie dagewesener finanzieller Dimension durch den Bundestag peitschen. Das ist ein beispieloser und äußerst bedenklicher Vorgang. Äußerst bedenklich nicht zuletzt, da diese Abstimmung im gerade abgewählten Bun-

destag stattfinden wird, um die Mehrheitsverhältnisse im neu gewählten Bundestag zu umgehen. Es ist gut, dass Ihr die Frage aufwerft, »ob eine solche Abstimmung über mehrere hundert Milliarden im gerade abgewählten alten Bundestag überhaupt verfassungskonform ist.«

Ihr erklärt weiter: »Alle, die dieser Regelung jetzt zustimmen, müssen eines bedenken: Sie stellen damit auch allen künftigen Regierungen einen Blankoscheck für grenzenlose Aufrüstung aus, denn die Ausnahme von der Schuldenbremse ist weder in der Höhe noch in der Zeit begrenzt.«

Doch dann heißt es in Eurem Papier: »Die Linke wird sich weiterhin für eine Reform, besser noch eine Abschaffung der Schuldenbremse einsetzen, damit zentrale soziale Fragen von Wohnungsbau über Gesundheit bis Bildung im Vordergrund stehen, statt sie nebenbei als Alibi mitzuverhandeln.«

Wir fragen: Wie wollt Ihr verhindern, dass soziale Fragen nebenbei als Alibi für Rüstungswahnsinn mitverhandelt werden? Ist es nicht vielmehr so, dass – wenn die aus

der Aufrüstungshysterie geborenen Pläne realisiert werden – jede Sozial- und Klimapolitik, jede globale Armutbekämpfung dauerhaft vergessen werden kann?

Es war richtig, sich für die Abschaffung der Schuldenbremse einzusetzen, solange davon ausgegangen werden konnte, dass die dann zur Verfügung stehenden Mittel in die Sozial- und Umweltpolitik investiert werden. Stimmten wir der nunmehr in erster Linie Rheinmetall und anderen Kriegsprotektoren zugutekommenden Abschaffung der Schuldenbremse zu, so machten wir uns schuldig.

Bitte lehnt alles ab, was dem Aufrüstungswahn materielle Gestalt verleiht.



<https://www.die-linke.de/start/presse/detail/union-und-spd-jetzt-einen-blankoscheck-fuer-aufraeustung-durchdruecken/>

Bundessprecherrat der KPF, 8. März 2025

## Frau Dr. Merkel und ihr Buch "Freiheit"

Da ich Leben und Wirken der Bundeskanzlerin über Jahrzehnte verfolgen konnte, hatte ich keine hohen Erwartungen, sensationelle neue Erkenntnisse in ihren Lebenserinnerungen zu finden. Nachdem mir aber das folgende Zitat aus ihrem Buch übermittelt wurde, werde ich es nun ganz sicher weder lesen noch kaufen.

Auf Seite 203 des Buches „Freiheit“ ist nachzulesen:

„Besondere Verbitterung löste der Umgang mit den Opfern der SED-Diktatur aus. Zwar wurden seit Anfang der 1990er Jahre die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze immer wieder überarbeitet, aber bis heute ist es nicht gelungen, allen Opfergruppen gerecht zu werden. Viele Entschädigungen waren und sind an hohe Voraussetzungen gebunden. Demgegenüber hatte das Bundesverfassungsgericht 1999 entschieden, dass Bezieher von Sonder- und Zusatzrenten aus der DDR diese auch in der Bundesrepublik erhalten müssen. Zu diesem Personenkreis gehörten unter anderem hohe Funktionäre des Staatsapparates, Beschäftigte der Staatssicherheit und der Nationalen Volksarmee sowie Leiter von Kombinaten und Betrieben. Dafür geben Bund und neue Bundesländer noch heute jedes Jahr mitt-

lere einstellige Millionenbeträge aus. Die Opferrenten machen nur einen Bruchteil dieser Summe aus.“

Frau Merkel bedient damit das gängige Täter-Opfer-Klischee und verbreitet offenkundige Unwahrheiten.

Zunächst einige Bemerkungen zu den tatsächlichen und vermeintlichen Opfern der DDR. Auch 35 Jahre nach dem Ende der DDR ist eine dazu extra eingesetzte Opferbeauftragte des Bundestages damit beschäftigt, immer neue Gruppen von DDR-Opfern zu entdecken und deren Ansprüche zu artikulieren. Mittlerweile ist von 30 Opfergruppen die Rede. Immer wieder wurden die Rehabilitationsvorschriften erweitert und verbessert, schließlich sogar entfristet. Aktiv wird an dem Nachweis geforscht, dass sich die Traumata der Opfer auf deren Nachkommen übertragen. Die Kriterien für die Anerkennung als DDR-Opfer wurden immer weiter aufgeweicht. So wird z.B. jede Einweisung in ein Kinderheim oder gar in einen Jugendwerkhof als Freiheitsentzug gewertet. So werden auch von ihren Eltern beim illegalen Verlassen der DDR zurückgelassene Kinder zu Opfern der DDR.

Das Ganze hat Methode. Je größer die Zahl der Opfer der DDR, um so strahlender und makelloser erscheint die heutige Bundes-

republik. Positive Erinnerungen an den Friedens- und Sozialstaat DDR werden auf diese Weise verdrängt. Vor diesem Hintergrund ist es heute möglich, einen evtl. Friedensschluss in der Ukraine als Bedrohung und Anlass für zügellose Hochrüstung zu verkaufen. Worte wie Völkerfreundschaft oder internationale Solidarität sind aus dem Sprachschatz verschwunden.

Um nicht missverstanden zu werden. Allen, die aus welchen Gründen und in welcher Höhe auch immer staatliche Zuwendungen erhalten, seien diese gegönnt.

Allerdings ist es eine fiese Masche, solche staatlichen Geschenke auf eine Stufe mit Rentenzahlungen zu stellen, die in einem langen Erwerbsleben durch Beitragszahlungen begründet wurden. Daran ändert auch nichts, wenn Renten aus DDR-Sondersorgungssystemen mit einem Finanzierungs-Trick den einzugsbedingten Sonderausgaben zugeordnet wurden, um die Hälfte dieser Zahlungen den neuen Bundesländern aufzubürden.

Rentenzahlungen sind kein Gnadenakt des Staates. Für sie gilt seit Bismarck, dass ihre Höhe von den eingezahlten Beiträgen bestimmt wird und zwar völlig wertneutral. Auch heute erhalten Mörder oder Vergewaltiger die Rente, für die sie eingezahlt haben.

Nur die deutschen Faschisten haben dieses Prinzip durchbrochen, insbesondere, indem sie an jüdische Bürger am Ende überhaupt keine Renten mehr gezahlt haben und Renten in den besetzten Gebieten auf maximal 0,7 Entgeltpunkte begrenzt hatten.

Bei der Überleitung der DDR-Renten in das bundesdeutsche Rentensystem wurden Rentenberechnungen zu einem Instrument der Rache an Protagonisten des ehemaligen Feindstaates umfunktioniert. Willkürlich, pauschal und ohne jeglichen Nachweis einer individuellen Schuld wurden Renten gekürzt, in der DDR zugesagte zusätzliche Leistungen nicht anerkannt und Strafrenten eingeführt. Davon sind noch heute etwa 500.000 ehemalige DDR-Bürger betroffen. (darunter Eisenbahner, Postler, Bergleute, Leistungssportler, Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen, Angehörige der technischen Intelligenz u.a.)

Besonders rigide wurde mit den Angehörigen der Sonderversorgungssysteme der NVA, des MdI, der Zollverwaltung und des MfS umgegangen. Diese hatten jeweils 10 % ihres gesamten Bruttoeinkommens als Sozialversicherungsbeiträge (= Renten- und Krankenversicherung) eingezahlt, d.h. zu meist deutlich mehr als die anderen DDR-Bürger, deren 10%ige Einzahlungen lange Zeit nur von maximal 600,- Mark, später im Rahmen einer freiwilligen Zusatzversicherung von maximal 1.200,- Mark berechnet wurden. Durch die Einführung der westdeutschen Betragsbemessungsgrenzen wurden Rentner die diese überschritten hätten, auf kaltem Wege enteignet. Dabei blieb es aber nicht. Angehörigen des MfS wurden zunächst nur einem Sozialhilfesatz vergleichbare Renten zugeschlagen, die Renten der anderen Angehörigen von bewaffneten Organen und der Zollverwaltung der DDR wurden auf maximal 1,4 Entgeltpunkte je Jahr reduziert. (ein Entgeltpunkt (EP) entspricht dem Rentenanspruch aus einem Durchschnittseinkommen.)

Nach Verfassungsklagen entschied das Bundesverfassungsgericht 1999, dass ehemalige Angehörige der NVA, des MdI und des Zolls rentenrechtlich den anderen DDR-Bürgern gleichgestellt werden und Renten der Angehörigen des MfS mit maximal 1,0 EP berechnet werden.

Zu den Tiefpunkten in der bundesdeutschen Rechtsprechung gehört die auch vom Bundesverfassungsgericht vertretene Auffassung, dass bestimmte DDR-Funktionäre, z.B. Minister der DDR, ihre Einkommen nicht durch Arbeit und Leistung, sondern nur durch Staatsnähe erworben hätten, wos nach auch ihnen nur ein Rente von maximal

einem EP zustehen würde. Dabei kann aber vorausgesetzt werden, dass DDR-Minister sicherlich für ihr Amt besser qualifiziert waren als Kinderbuchautoren und Trampolin-springerinnen.

Dass DDR-Sonder- und Zusatzrenten auch in der Bundesrepublik gezahlt werden, ist also eine glatte Lüge. Die sich hier offenbarende Unkenntnis ist insofern erstaunlich, da sich ISOR wiederholt an die Bundeskanzlerin gewandt und auf das Rentenrecht aufmerksam gemacht hatte.

Bei der ganzen Debatte fällt auf, dass niemand sich daran stößt, dass die Beamten-Pensionen die Rentenzahlungen im Allgemeinen deutlich übersteigen, ohne dass jegliche Beitragszahlungen gewährt werden. Sie sind jedenfalls so üppig, dass

nur 20 % ihrer Bezieher es nötig haben, bis zur Erreichung der Altersgrenze zu arbeiten. Man kann Frau Merkel zugutehalten, dass sich nicht selbst als Opfer der DDR inszeniert hat. Bei einer promovierten Physikerin, die mit ihrer Arbeit an der Akademie der Wissenschaften den Olymp der DDR-Wissenschaft erklimmen hatte, wäre das auch wenig überzeugend gewesen. Mit einem besonderen Engagement für die ehemaligen DDR-Bürger ist sie aber nicht aufgefallen. Ihr Leben in der DDR beschreibt sie als eine Anpassungsleistung. Aus meiner Sicht bestand die weitaus größere Leistung in ihrer Anpassung an den westdeutschen Politikbetrieb. Das hat sie aber wohl freiwillig und gern gemacht – Freiheit eben.

Wolfgang Schmidt

## ++ Wir fordern: Kriege stoppen - Frieden und Abrüstung jetzt! ++



[www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2025/zeitungsanzeige](http://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2025/zeitungsanzeige)

Die aktuellen Zeiten sind geprägt von Unsicherheit und lauten Stimmen, die im Sinne der Kriegslogik nur auf Militär und Abschreckung setzen. Unser Protest gilt insbesondere Friedrich Merz, der aktuell daran arbeitet, die Schuldenbremse zu lockern, um zukünftig ungedeckelt Schulden für eine aberwitzige Aufrüstung aufnehmen zu können. Dagegen erheben wir Einspruch mit unserer Anzeige zum Ostermarsch 2025!

Beteilige dich an unserer Zeitungsanzeige zur Stärkung der Ostermärsche! Es ist von hoher Wichtigkeit, dass an den diesjährigen Ostermärschen möglichst viele Menschen teilnehmen und deutlich machen, dass sie den aktuellen Kurs der Politik nicht mittragen. Deshalb rufen wir eine Woche vor Ostern mit unserer Zei-

tungsanzeige zur Teilnahme auf, auch um kurz nach der Bundestagswahl die wichtigsten friedenspolitische Forderungen an die neue Bundesregierung zu richten. Jetzt unterzeichnen und ein deutliches Zeichen für Frieden und Abrüstung setzen!

Mit deiner Unterzeichnung trägst du zur Realisierung der Anzeige eine Woche vor Ostern am 12. April in der „taz“ bei. Dort werden alle Unterzeichner\*innen namentlich genannt sowie die Städte, in denen ein Ostermarsch stattfindet. Um die Anzeige zu finanzieren, bitten wir um eine Spende von mindestens 25 Euro für Einzelpersonen sowie 50 Euro für Organisationen und Gruppen. Höhere Spenden zur Finanzierung unserer Ostermarscharbeit sind herzlich willkommen! Auch können wir dann Menschen eine Unterzeichnung ermöglichen, die sich 25 Euro nicht ohne Weiteres leisten können. Außerdem ist es uns durch mehr Spenden möglich, größer zu planen und die Anzeige in weitere Zeitungen zu bringen, wie z.B. in „Die Zeit“ und „Neues Deutschland“!

## 72 Minuten bis zur Vernichtung. Atomkrieg – ein Szenario

Annie Jacobsen

Heyne Verlag 2024, 400 Seiten.

ISBN-13: 9783453218789.

22,- Euro

Wo Politiker es wagen, sich öffentlich für eine deutsche nukleare Teilhabe oder für die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen im Jahr 2026 auszusprechen, werden Leser/innen ihnen Jacobsens Buch „72 Minuten bis zur Vernichtung“ mit einem gewissen Nachdruck in die Hand drücken oder vor die Augen halten.

Der Titel der deutschen Ausgabe, „72 Mi-

nuten bis zur Vernichtung“, ist um einiges drastischer und hoffentlich aufregender als der Titel der englischen Originalausgabe, „Nuklear War“: Es dauere nicht einmal 90 Minuten, um 12000 Jahre Zivilisation weitgehend als Asche in den Himmel aufsteigen zu lassen. Daher darf die nukleare Angst nicht länger verdrängt werden. Es gilt, sie mit Jacobsen zu schüren. Schon bald müssen mindestens 1,2 Millionen Menschen gegen die morbide bis nekrophile für 2026 geplante Raketenstationierung auf die Straßen und Plätze gehen.



## Kommentar zur Podiumsdiskussion aus Anlass des 75. Jahrestages des MfS im Deutschen Spionagemuseum Berlin vom 11.02.2025

Am 11.02.2025 konnte ich an einem Podiumsgespräch im Spionagemuseum Berlin, mit Zeitzeugen zu einem verschwundenen Geheimdienst, teilnehmen.

Auf dem Podium: Heinz Engelhardt, der „letzte“ Mann im MfS und Auflöser, Karl Rehbaum vom Auslandsgeheimdienst und Dr. Bodo Hechelhammer, BND-Historiker.

Für mich war es die erste Veranstaltung dieser Art, trotz sehr langer Zugehörigkeit zu ISOR.

Als ehemaliger von „Felix“ waren alle die dort dargelegten Informationen sehr interessant, weil wir vom Wachregiment kaum Einblicke in die vielen Aufgaben unserer Genossen im Ministerium hatten.

Die Ausführungen von H. Engelhardt über seinen Werdegang im MfS und die Aussagen zur letzten Abwicklung unseres Ministeriums waren sehr interessant.

Auch der „Kollege“ vom BND hat bestätigt, dass wir eine gute Arbeit geleistet haben und die BRD von vielen Ereignissen überrascht wurde. Das Podiumsgespräch hatte großes Interesse gefunden, nicht nur bei uns Altdiensten. Es waren auch einige Teilnehmer der jüngeren Generation anwesend und der kleine Saal war übervoll. Viele saßen auf dem Fußboden oder standen.

Im Konsens der Veranstaltung eine Anregung: „Vielleicht sollte man eine solche Veranstaltung zum Wachregiment, mit Ehemaligen des Wachregimentes organisieren“, um auch hier tiefere Einblicke in die Aufgaben des MfS zu geben.

Wir vom Wachregiment haben einen nicht unwesentlichen Anteil zur Sicherung der DDR beigetragen.

Michael Kreszka, TIG Köpenick

### IMPRESSUM

Redaktionsschluss: 18.03.2025

Redaktionsschluss der  
nächsten Ausgabe: 22.04.2025  
Print- und Internetausgabe:  
01.04.2025

Geschäftsführerin: Anja Mewes  
Di: 9-16 Uhr  
Mi: nach telef. Vereinbarung  
Tel.: 030 297843-16  
Fax: 030 297843-20  
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott  
Di: 8-15 Uhr  
Tel.: 030 297843-15  
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister und Statistik:  
Bernd Hartmann (Home-Office)  
Di: Termine im Büro  
nach tel. Vereinbarung  
Mi: 8-16 Uhr  
Tel.: 03338-750 76 92  
Fax: 03338-750 76 91  
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,  
Mo-Do: 8-15 Uhr  
Tel.: 030 297843-19  
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse  
IBAN:  
DE43 1005 0000 1713 0200 56  
BIC: BELADEBEXX

Versand ISOR-Aktuell  
per E-Mail:  
isor-aktuell-versand@t-online.de

**MUSIK STATT KRIEG**

Eine Veranstaltung des OKV Erfurt mit

**Tino Eisbrenner**

16. April 2025  
Beginn 18:30 Uhr  
10€ Eintritt

Gartenlokal Dahlie  
Roßblauer Straße 1  
99086 Erfurt